

## FALLBESCHREIBUNG \_\_\_\_\_

### **US-Drohnenangriffe: Der Tod von Giovanni Lo Porto in Pakistan**

Am 15. Januar 2015 wurde der italienische Staatsbürger Giovanni Lo Porto bei einem Drohnenangriff – geplant und durchgeführt von der CIA – im Bezirk Schawal, Nordwasiristan, Pakistan, getötet. Ziel des Angriffs war nach US-Angaben ein Lager mit Verbindung zu al-Qaida, in dem Lo Porto zusammen mit dem US-Bürger Warren Weinstein als Geisel gefangen gehalten wurde. Lo Porto war 2012 von einem bewaffneten Kommando, das Verbindungen zu al-Qaida hatte, entführt, als er für die deutsche Welthungerhilfe in Punjab, Pakistan, arbeitete.

Giovanni Lo Porto und Warren Weinstein wurden Opfer eines gezielten Angriffs durch bewaffnete Drohnen, auch bekannt als „*signature strike*“.

Am 23. April 2015 äußerte sich der damalige US-Präsident Barack Obama öffentlich zum Tod von Lo Porto und Weinstein. Auf einer [Pressekonferenz](#) erklärte Obama, dass „aufgrund der Informationen, die wir erhalten haben, angenommen werden muss, dass ein Anti-Terror-Einsatz der USA auf ein Lager der al-Qaida nahe der afghanisch-pakistanischen Grenze Warren und Giovanni im Januar dieses Jahres tötete“. Als Präsident und Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte übernahm Obama die „volle Verantwortung für alle Anti-Terror-Einsätze [der USA], auch den, der ungewollt die Leben von Warren und Giovanni beendete“. Er sprach den Familien seine „tiefe Anteilnahme“ aus und versprach „eine umfassende Untersuchung der Geschehnisse“. Auf der Pressekonferenz erklärte Obama außerdem, dass „unsere erste Einschätzung nahelegt, dass der Einsatz konform mit den Regeln war, die wir auf Anti-Terror-Einsätze in dieser Region anwenden [...]“.

Im Juli 2016 erhielt Lo Portos Familie eine Zuwendung von 1.185.000 Euro von den USA – bezeichnet als freiwillige Schenkung in Gedenken an den Toten. Die USA machten deutlich, dass mit der Zuwendung weder ihre Verantwortung für den Tod Lo Portos einhergehe, noch „dass die USA die Rechtsprechung der italienischen Gerichte in Verfahren anerkennt, sollten sie direkt oder indirekt etwas mit diesem Vorgang oder einer Verzichtserklärung auf die Souveränität oder persönliche Immunität zu tun haben“.

## **Das Verfahren in Italien**

Nach der Entführung Lo Portos im Januar 2012 eröffnete die Staatsanwaltschaft in Rom (*Procura della Repubblica am Tribunale di Roma*) eine strafrechtliche Untersuchung zum Tatbestand der Entführung mit terroristischem Hintergrund (Artikel 289-bis des italienischen Strafrechts). Nachdem Obama den Tod Lo Portos im April 2015 bestätigte hatte, wurde das Verfahren in Bezug auf Mord (Artikel 575) und Totschlag (Artikel 589) erweitert.

Am 29. Mai 2017 beantragte der Staatsanwalt (*Pubblico Ministero*) die Einstellung des Strafverfahrens. Er begründete seine Entscheidung damit, dass es unmöglich wäre, weitere Untersuchungen zum Verdacht der Entführung mit terroristischem Hintergrund durchzuführen, da das Verbrechen bereits lange zurückliege, und die Klagen wegen Mord und Totschlag vor Gericht nicht haltbar seien. Zu dieser zweiten Einschätzung kam der Staatsanwalt wegen des „operativen Umfelds im Kontext (des Krieges)“, in dem ein bewaffneter Drohneneinsatz als Teil „einer Anti-Terror-Operation im Gebiet eines lang anhaltenden bewaffneten Konfliktes zwischen US-Streitkräften und terroristischen Gruppierungen“ stattgefunden habe. Genauer gesagt, dass in einer „tatsächlichen Kriegshandlung zwischen den beiden gegnerischen Parteien“, das Töten einer Person, welche nach dem Völkerrecht als Zivilist eingestuft würde, in dieser Situation als Kollateralschaden (oder „Kollateralschaden“) verstanden werden müsse, und somit die Tötung nicht unter Artikel 575 oder 589 des italienischen Strafgesetzbuches falle.

Am 3. Juli 2017 legten die Anwälte\_innen der Familie Giovanni Lo Portos formal Einspruch gegen die Einstellung des Verfahrens ein. Das ECCHR unterstütze diesen Schritt mit einem Expertengutachten zu den „Rechtlichen Rahmenbedingungen der Einsätze von bewaffneten Drohnen, ausgeführt von den Vereinigten Staaten von Amerika im pakistanischen Territorium“.

Am 2. März 2018 gab die Richterin des Strafgerichts in Rom (*Giudice per le Indagini Preliminari* (GIP) des *Tribunale di Roma*) dem Staatsanwalt nach Artikel 409 § 4 der italienischen Strafprozessordnung die Anordnung, weitere Untersuchungen in dem Fall durchzuführen. Dazu sollte unter anderem ein Rechtshilfeersuchen an die US-Behörden gestellt werden, um Einblick in alle Dokumente über den Drohnenangriff, bei dem Lo Porto starb, zu erhalten. Die Richterin stellte – wie das ECCHR in seinem Expertenbericht – in Frage, ob der Einsatz der USA in Pakistan, und insbesondere der Drohnenangriff, der Lo Porto tötete, tatsächlich Teil eines bewaffneten Konflikts waren.

## **Die Rolle des ECCHR im Fall Lo Porto**

Das ECCHR hat einen umfangreichen Expertenbericht zu den Ermittlungen über die Entführung und den Tod von Giovanni Lo Porto eingereicht. Darin werden insbesondere die „Rechtlichen Rahmenbedingungen der Einsätze von bewaffneten Drohnen, ausgeführt von den Vereinigten Staaten von Amerika im pakistanischen Territorium“ untersucht.

Das ECCHR befasste sich mit der „Analyse des bewaffneten Konflikts, der angeblich zur Zeit der Ereignisse zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den terroristischen Gruppen vor Ort in Pakistan ausgetragen wurde“.

Im Gutachten wird argumentiert, dass, entgegen der offiziellen Darstellung, die US-Einsätze in Pakistan und insbesondere der Drohneneinsatz, bei dem Lo Porto getötet wurde, nicht im Zuge von Kampfhandlungen innerhalb eines (internationalen oder nicht-internationalen) bewaffneten Konfliktes stattfanden. Deswegen gelten internationale Menschenrechtsbestimmungen (und nicht zusätzlich das humanitäre Völkerrecht) auf internationaler Ebene. Auf nationaler Ebene – in Italien ebenso wie in den USA und Pakistan – findet das Strafrecht Anwendung. Außerdem könnte das Verhalten der Drohnenpilot\_innen und ihren Vorgesetzten strafrechtlich relevant sein, da es womöglich nicht mit den Umständen der Kampfhandlung entschuldigt werden könne.

Das ECCHR betonte, dass nicht das US-Militär den Einsatz von bewaffneten Drohnen in Pakistan leitete sondern die CIA – ein ziviler Geheimdienst. Ein Einsatz der CIA mit bewaffneten Drohnen wie im Fall Lo Porto ist deshalb keine Kriegshandlung – die CIA-Mitarbeiter\_innen, die diesen Einsatz leiteten, können also strafrechtlich belangt werden.

---

**Stand: Juni 2018**

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)

## CASE REPORT \_\_\_\_\_

### **Gli attacchi a mezzo drone statunitensi: l'uccisione di Giovanni Lo Porto in Pakistan**

Il 15 gennaio 2015, il cittadino italiano Giovanni Lo Porto è stato ucciso da un attacco a mezzo drone condotto dagli Stati Uniti (e, in particolare, dalla CIA), nel distretto di Shawal, North Waziristan, Pakistan. L'attacco era diretto contro un *compound* legato ad al Qaeda presso il quale Lo Porto, insieme al cittadino statunitense Warren Weinstein, era tenuto ostaggio. Lo Porto, infatti, era stato sequestrato da un commando armato di jihadisti legati ad al Qaeda nel 2012 mentre lavorava per la ONG tedesca *Welthungerhilfe* a Punjab, Pakistan.

Giovanni Lo Porto e Warren Weinstein sono stati vittime di una delle operazioni di omicidi mirati (in inglese, *tageted killings*) a mezzo drone conosciute come *signature strikes*.

La morte di Giovanni Lo Porto e Warren Weinstein è stata resa nota solo il 23 aprile 2015 dall'allora Presidente degli Stati Uniti Barack Obama. Nel corso di una [conferenza stampa](#), Obama ha spiegato che “[b]ased on the information and intelligence we have obtained, we believe that a US counterterrorism operation targeting an al Qaeda compound in the Afghanistan-Pakistan border region accidentally killed Warren and Giovanni this past January” e ha precisato che “[a]s soon as we determine the cause of their deaths, I directed that the existence of this operation be declassified and disclosed publicly”. Come Presidente e *Commander-in-Chief*, Obama si è assunto piena responsabilità per tutte le operazioni anti-terrorismo condotte dagli Stati Uniti, compresa quella che inavvertitamente ha portato alla morte di Warren Weinstein e Giovanni Lo Porto, ha offerto le più profonde scuse alle famiglie delle vittime e ha promesso “a full review of what happened”. Nella stessa occasione, Obama ha spiegato che “[o]ur initial assessment indicated that this operation was fully consistent with the guidelines under which we conduct counterterrorism efforts in the region [...]”.

Nel luglio 2016, la famiglia Lo Porto ha ricevuto da parte degli Stati Uniti – rappresentati da un diplomatico – una donazione di un milione e 185 mila euro, a titolo di pagamento *ex gratia* e “in memoria” di Giovanni. La donazione è stata eseguita a titolo di favore e, come tale, non comportava alcuna assunzione di responsabilità. La donazione non implicava né il riconoscimento di alcuna responsabilità degli Stati Uniti né il “consenso degli Stati Uniti d’America all’esercizio della giurisdizione italiana in eventuali controversie direttamente o indirettamente connesse al presente atto e, in particolare, il presente atto non implica una rinuncia all’immunità sovrana o personale”.

## **Il procedimento penale in Italia**

In seguito al sequestro di Giovanni Lo Porto, nel gennaio 2012, la Procura della Repubblica presso il Tribunale di Roma ha aperto un procedimento penale per il reato di sequestro di persona a scopo di terrorismo di cui all'art. 289-bis del codice penale (c.p.). Dopo che Barack Obama ha annunciato la morte di Giovanni Lo Porto, nell'aprile 2015, le indagini sono proseguite per i reati di omicidio volontario di cui all'art. 575 c.p. e di omicidio colposo di cui all'art. 589 c.p..

Il 29 maggio 2017, il Pubblico Ministero (PM) ha formulato richiesta di archiviazione del procedimento (per i reati di sequestro di persona a scopo di terrorismo, omicidio volontario e omicidio colposo). Da un lato, non sarebbero stati espletabili ulteriori atti di indagine relativamente ai fatti di sequestro di persona a scopo di terrorismo (stante il notevole lasso di tempo trascorso dalla commissione dell'illecito) e, dall'altro lato, sarebbero risultate non sostenibili in giudizio le contestazioni di omicidio volontario o colposo. Tale ultima considerazione è derivata, seguendo il ragionamento del PM, dal “contesto ambientale operativo (di guerra) in cui si è verificata la morte di Giovanni LO PORTO”; dovendosi l'attacco armato compiuto a mezzo di drone collocare nel quadro delle “azioni antiterrorismo poste in essere in una zona ad alta e permanente conflittualità fra le Forze militari americane e le frange terroristiche”, e, più precisamente, di una “vera e propria azione bellica fra le opposte fazioni”, l'uccisione di un soggetto qualificabile, ai sensi del diritto internazionale umanitario, come civile integrerebbe l'ipotesi di vittima collaterale (o, secondo il più diffuso termine inglese, *collateral damage*) e, come tale, non costituirebbe una condotta penalmente rilevante ai sensi degli artt. 575 e 589 c.p..

Il 3 luglio 2017, la difesa della famiglia Lo Porto ha formulato opposizione alla richiesta di archiviazione. Questa azione legale è stata supportata da un parere presentato da ECCHR con riguardo al “Quadro giuridico delle operazioni con Droni armati condotte dagli Stati Uniti d'America nel territorio del Pakistan”.

Il 2 marzo 2018, il Giudice per le Indagini Preliminari (GIP) del Tribunale di Roma, con un'ordinanza ai sensi dell'articolo 409, comma 4, del codice di procedura penale (c.p.p.), ha ordinato al PM di svolgere ulteriori indagini (comprehensive, in particolare, di una rogatoria internazionale volta a ottenere dalle autorità statunitensi tutta la documentazione relativa all'operazione che ha portato alla morte di Giovanni Lo Porto), entro un termine di sei mesi dalla ricezione dell'ordinanza, *inter alia* riconoscendo, come ECCHR aveva ampiamente sottolineato nel proprio parere (si veda sotto), che le attività compiute dagli Stati Uniti in Pakistan e, in particolare, l'operazione che ha cagionato la morte di Giovanni Lo Porto, non fossero riconducibili ad alcun conflitto armato.

## **Il ruolo di ECCHR nel caso Lo Porto**

Nell'ambito del procedimento penale aperto dalla Procura della Repubblica presso il Tribunale di Roma per il sequestro, prima, e l'uccisione, poi, di Giovanni Lo Porto, ECCHR ha presentato un

parere con riguardo al “Quadro giuridico delle operazioni con Droni armati condotte dagli Stati Uniti d’America nel territorio del Pakistan”.

Il parere di ECCHR si focalizza sulla “analisi della natura del conflitto armato asseritamente esistente in Pakistan, al momento dei fatti [che hanno portato alla morte di Giovanni Lo Porto], tra Stati Uniti d’America e gruppi di matrice terroristica ivi operanti” e intende “contribuire al procedimento [...] fornendo al [...] Giudice per le Indagini Preliminari presso il Tribunale di Roma elementi utili per inquadrare correttamente, sotto il profilo giuridico, la situazione esistente in Pakistan al momento dell’uccisione di Giovanni Lo Porto”.

Il parere sostiene che, al contrario di quanto sostenuto dagli Stati Uniti, le attività da questi compiute in Pakistan e, in particolare, l’operazione che ha cagionato la morte di Giovanni Lo Porto, non sono riconducibili a ostilità nell’ambito di un conflitto armato, né di carattere internazionale né di carattere non internazionale. Di conseguenza, sul piano internazionale, trovano applicazione le norme a tutela dei diritti umani (e non anche le norme del diritto internazionale umanitario). Sul piano del diritto interno (italiano innanzitutto, ma anche statunitense e pakistano), trovano applicazione le norme del diritto penale e la condotta degli operatori dei droni o dei loro superiori potrebbe assumere, laddove integrante una o più fattispecie criminose, rilevanza penale, senza beneficiare di alcuna scriminante legata alla conduzione di ostilità.

ECCHR ha posto l’accento sul fatto che “il responsabile delle operazioni condotte tramite droni armati in Pakistan non è l’apparato militare statunitense, bensì la CIA, ovvero un servizio (civile) di *intelligence* dipendente dall’Esecutivo” e che “in Pakistan l’ente responsabile [delle operazioni con i droni armati], essendo ufficialmente di natura antiterroristica, è la CIA [...] quale unico *dominus* delle operazioni che hanno trovato il proprio epilogo nell’uccisione di Giovanni Lo Porto”. Dunque, “un attacco condotto a mezzo di drone armato dalla CIA [come quello che ha provocato la morte di Giovanni Lo Porto] non costituisce atto di conduzione delle ostilità [...]. Ne consegue che i membri della CIA che abbiano commesso, nel corso delle operazioni, un fatto penalmente rilevante [potrebbero] pertanto essere sottoposti alla giurisdizione penale”.

---

**Aggiornato al: Maggio 2018**

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)